

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Birke Bull-Bischoff, Dr. Petra Sitte, Jan Korte, Doris Achelwilm, Brigitte Freihold, Nicole Gohlke, Norbert Müller und der Fraktion DIE LINKE.

Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss seit 2019

Im Oktober 2008 vereinbarten die Regierungschefs von Bund und Ländern ein umfangreiches bildungspolitisches Maßnahmenpaket im Rahmen des Dresdner Bildungsgipfels, welches bis 2015 umgesetzt werden sollte. Unter anderem wurde das Ziel ausgegeben, die Anzahl der Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher von 8 auf 4 Prozent zu halbieren (<https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Bildung/AllgBildung/2008-10-22-Qualifizierungsinitiative.pdf>, S. 8). Dieses Ziel wurde nach Ansicht der Fragestellenden bisher verfehlt. So lag die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss 2010 und 2014 immer noch bei 6 Prozent und steigt seit 2013 auf knapp 7 Prozent im Jahr 2018 (Bericht „Bildung in Deutschland 2020“ der Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK) und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBFB), S. 143). Im Zieljahr 2015 lag der Anteil bei 5,9 Prozent (vgl. Klaus Klemm/Matthias Anbuhl: Der Dresdener Bildungsgipfel: von unten betrachtet, Expertise zur sozialen Spaltung im Bildungssystem, DGB, 2018, S. 13). Nahezu die Hälfte der Abgänge ohne Abschluss betrifft Schülerinnen und Schüler in Förderschulen. Da sich dieser Anteil jedoch verringert, ist die insgesamt Steigerung der Abgänge ohne Abschluss auf andere Schularten zurückzuführen.

Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischer Förderung erreichen insgesamt eher einen Abschluss an sonstigen allgemeinbildenden Schulen (Bericht „Bildung in Deutschland 2020“ der KMK und des BMBFB, S. 144/145 und vgl. Klaus Klemm/Matthias Anbuhl: Der Dresdener Bildungsgipfel: von unten betrachtet, Expertise zur sozialen Spaltung im Bildungssystem, DGB, 2018, S. 12). Dies deutet nach Ansicht der Fragestellenden darauf hin, dass gemeinsamer Unterricht als eine Voraussetzung für inklusive Bildung auch die Zahl der Abgänge ohne Abschluss positiv beeinflussen kann.

28 Prozent aller Hauptschulabschlüsse wurden 2018 nicht an allgemeinbildenden, sondern nachträglich an beruflichen Schulen erworben, doppelt so viele wie noch 2006 (Bericht „Bildung in Deutschland 2020“ der KMK und des BMBF, S. 147). Jugendliche, die am Ende der allgemeinbildenden Schule diese ohne Schulabschluss verlassen, haben trotz der zahlreichen Maßnahmen des Übergangssektors faktisch keine Chancen auf eine berufliche Ausbildung (Bericht „Bildung in Deutschland 2018“ der KMK und des BMBF, S. 121).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Schulabschluss seit 2018 entwickelt (bitte nach Bundesdurchschnitt, nach Bundesländern, in absoluten Zahlen und in Prozent analog zur Anlage 1 der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/14705 aufschlüsseln)?
 - a) Wie hoch sind dabei die Anteile der Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die den Schulabschluss verfehlten (bitte nach Bundesdurchschnitt, nach Bundesländern, Förderschwerpunkt und Schulart, in absoluten Zahlen und in Prozent aufschlüsseln)?
 - b) Hat die Bundesregierung seit 2019 Maßnahmen ergriffen, Kenntnis darüber zu erlangen, aus welchen Gründen der Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Schulabschluss mit diagnostiziertem Förderbedarf an Förderschulen vergleichsweise höher ist als an allgemeinbildenden Schulen?

Falls ja, welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor?

Wenn keine Maßnahmen erfolgt sind, warum nicht?
 - c) Hat die Bundesregierung vorgesehen, den Weg zu einer inklusiven Schule stärker zu fördern?

Wenn ja, warum?

Wenn nein, warum nicht?
2. Inwiefern zieht die Bundesregierung aus ihrer Beteiligung am Maßnahmenpaket des Dresdner Bildungsgipfels den Schluss, mitverantwortlich zu sein für das Erreichen der hierin definierten Ziele?
3. Hat die Bundesregierung seit 2019 Maßnahmen ergriffen, Kenntnis darüber zu erlangen, welche Ursachen zur Steigerung der Quote der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Schulabschluss seit 2013 führen?

Falls ja, welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor?

Wenn keine Maßnahmen erfolgt sind, warum nicht?
4. Wie, und wann wurde evaluiert, ob Bund und Länder mit dem Maßnahmenpaket die vereinbarten Ziele 2015 erreicht haben?

War die Bundesregierung zufrieden mit dem Ergebnis des vereinbarten Maßnahmenpakets?

Falls nicht, welche Schlüsse und Maßnahmen hat die Bundesregierung hieraus abgeleitet?

5. Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um die Quote der Schülerinnen und Schüler, die den Hauptschulabschluss verfehlen, zu senken, seit sie in der Antwort zu Frage 1d auf Bundestagsdrucksache 19/14705 festgestellt hat, dass ein Abschluss der Schule die Voraussetzung für eine selbstbestimmte Berufswahl und eine erfolgreiche Lebensgestaltung ist?
- a) Hält die Bundesregierung nach wie vor an dieser Überzeugung fest?
Falls nein, warum nicht?
- b) Wie begründet die Bundesregierung, dass sie einerseits in der Antwort zu Frage 1d auf Bundestagsdrucksache 19/14705 feststellt, dass ein Schulabschluss die Voraussetzung für eine selbstbestimmte Berufswahl ist, andererseits aber in der Antwort zu Frage 5 auf Bundestagsdrucksache 19/14705 darlegt, dass Jugendliche ohne Schulabschluss nicht vom Ausbildungsmarkt ausgeschlossen sind?
- c) Hält die Bundesregierung nach wie vor an dem damaligen Ziel des Dresdener Bildungsgipfels fest, die Quote der Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss auf 4 Prozent zu reduzieren?
Wenn ja, bis wann, und mit welchen Maßnahmen?
Wenn nein, warum nicht?
6. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, inwieweit sich die „Qualitäts-offensive Lehrerbildung“ auf die Senkung der Quote der Schülerinnen und Schüler, die den Hauptschulabschluss verfehlen, ausgewirkt hat?
Falls nein, warum nicht?
7. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss seit 2019 in den ostdeutschen Bundesländern im Vergleich zu dem in den westdeutschen Bundesländern entwickelt (bitte nach Jahren, absoluten Zahlen und Prozentangaben aufschlüsseln)?
- a) Hat die Bundesregierung seit 2019 Maßnahmen ergriffen, Kenntnis darüber zu erlangen, welche Ursachen auf die Niveauunterschiede der Ländervergleiche (Ost bzw. West) zurückzuführen sind?
Falls ja, welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor?
Wenn keine Maßnahmen erfolgt sind, warum nicht?
- b) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung seit 2019 ergriffen, um den Forschungsbedarf zu erfüllen, der in Frage 2b der Antwort der Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 19/14705 bezüglich der Diskrepanzen der höheren Quote der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss in ostdeutschen Bundesländern trotz höherer Lesekompetenz benannt wird?
Wenn keine Maßnahmen erfolgt sind, warum nicht?
8. Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus, dass laut Bildungsbericht 2020 insbesondere junge Männer häufiger als junge Frauen die Schule ohne Abschluss verlassen (s. Bericht „Bildung in Deutschland 2020“ der KMK und des BMBF, S. 18)?

9. Wie viele Jugendliche ohne Schulabschluss sind nach Kenntnis der Bundesregierung seit 2019 erfolgreich in eine vollqualifizierende Berufsausbildung eingetreten (bitte nach Jahren, in absoluten Zahlen und Prozentangaben aufschlüsseln)?
- Wie viele dieser Jugendlichen sind direkt in eine Ausbildung eingemündet (bitte nach Jahren; in absoluten Zahlen und Prozentangaben aufschlüsseln)?
 - Wie viele dieser Jugendlichen haben die berufliche Ausbildung erfolgreich abgeschlossen (bitte nach Jahren, in absoluten Zahlen und Prozentangaben aufschlüsseln)?
 - Wie viele dieser Jugendlichen sind (zunächst) in berufsvorbereitende Maßnahmen bzw. in die Maßnahmen des Übergangssektors eingemündet (bitte nach Jahren, in absoluten Zahlen und Prozentangaben aufschlüsseln)?
 - Hat die Bundesregierung seit 2019 Maßnahmen ergriffen, Kenntnis darüber zu erlangen, wie viele dieser Jugendlichen nach Beendigung der Schulzeit einen Schulabschluss nachholen konnten?
Falls ja, welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor?
Wenn keine Maßnahmen erfolgt sind, warum nicht?
 - Hat die Bundesregierung seit 2019 Maßnahmen ergriffen, Kenntnis darüber zu erlangen, wie viele Jugendliche ohne Schulabschluss in den letzten zehn Jahren nicht erfolgreich in eine berufliche Ausbildung einmünden und keinen Berufsabschluss erreichen konnten (bitte nach Jahren in absoluten Zahlen und Prozentangaben aufschlüsseln)?
Falls ja, welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor?
Wenn keine Maßnahmen erfolgt sind, warum nicht?
10. Hat die Bundesregierung seit 2019 Maßnahmen ergriffen, Kenntnis darüber zu erlangen, inwieweit Mobbing an Schulen eine Ursache für das Verfehlen eines Schulabschlusses ist?
- Falls ja, welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor?
Wenn keine Maßnahmen erfolgt sind, warum nicht?
- Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen Mobbing und Schulabsentismus?
 - Falls die Bundesregierung keine Kenntnis von einem Zusammenhang zwischen Mobbing und Schulabsentismus hat, aus welchem Grund unterstützt sie das Vorhaben „Respekt Coaches“?
 - Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, inwieweit sich das Vorhaben „Respekt Coaches“ auf die Senkung des Schulabsentismus ausgewirkt hat?
Falls nein, warum nicht?
 - Hat die Bundesregierung seit 2019 Maßnahmen ergriffen, Kenntnis darüber zu erlangen, ob es einen Zusammenhang zwischen Schulabsentismus und dem Verfehlen eines Schulabschlusses gibt?
Falls ja, welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor?
Wenn keine Maßnahmen erfolgt sind, warum nicht?

11. Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung seit 2019 ergriffen, um den Zusammenhang zwischen dem Verfehlen von Schulabschlüssen und materieller Armut und Bildungsarmut zu untersuchen?
12. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung zu einem möglichen Zusammenhang zwischen dem Verfehlen von Schulabschlüssen und Schülerinnen und Schülern aus Alleinerziehendenfamilien?

Hat die Bundesregierung vor, Maßnahmen zu ergreifen, hierüber Kenntnis zu erlangen, und falls ja, welche?

Falls nein, warum nicht?

Berlin, den 13. Juli 2021

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

